



[Zur Person: Volkmar Zschocke](#)

Liebe Leserinnen und Leser,

das ist mein erster Newsletter als neuer sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher. Ich bin Fraktionsvorsitzender und einer der acht Abgeordneten in der GRÜNEN-Fraktion. Außerdem bearbeite ich die Themen Verbraucherschutz, Kreislaufwirtschaft und Tierschutz.

Für mich stehen Selbstbestimmung, Teilhabe sowie die Schutzansprüche jeder und jedes Einzelnen in jedem Alter und jeder Lebenssituation im Focus.

Sozialpolitisch habe ich die Entwicklung der Pflege, des Hospizwesens, die Sucht- und Drogenproblematik, Barrierefreiheit aber auch die noch fehlende Rehabilitation von Opfern der DDR-Jugendhilfe besonders im Blick. Gesundheitspolitisch möchte ich mich für den Schutz vor schädlichen Umweltbedingungen einsetzen, für gute Ernährung und mehr Lebensmittelsicherheit. Und ich möchte, dass sich Kinder, Jugendliche und SeniorInnen mehr in die sächsische Politik einmischen können.

Nach Abschluss des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD wurde der Doppelhaushalt für 2015/16 im Sächsischen Landtag verhandelt und Ende April verabschiedet. Diese und andere aktuelle Themen sind in diesem Newsletter zu finden:

- [Was mich bewegt](#)
- [Kein Mut. Kaum Weitsicht. Wenig Miteinander. Die Einschätzung des Koalitionsvertrages aus SozialGRÜNER Sicht](#)
- [Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2015/16](#)
- [Antrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention](#)
- [Diskussion zur Masern-Impfpflicht: Versachlichung der Debatte und Aufklärung statt Zwang](#)
- [Hilfen für sächsische DDR-Heimkinder und Zwangsadoptierte in der DDR verbessern](#)
- [Klimakongress 2014: Forum „Solidarische Ökonomie: Kooperation statt Konkurrenz!“](#)
- [Hebammen und Familien stärken](#)
- [GRÜNE-Fraktion startet mit Innovationstour in den Sommer](#)
- [Einladung: Fachgespräch zum ansteigenden Crystalkonsum in Chemnitz](#)

Der Newsletter wird Sie / Euch regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen informieren und GRÜNE-Initiativen im Landtag vorstellen. Über Feedback freue ich mich.

Eine spannende Lektüre wünscht
Ihr / Euer Volkmar Zschocke



Was mich bewegt

Wieder streiken tagelang die Lokführer. Der Arbeitskampf des Zugpersonals hat seine Berechtigung. Doch viele BahnkundInnen sind über die Folgen verständlicherweise frustriert. Ich denke über die Folgen nach, wenn zum Beispiel die Pflegekräfte tagelang streiken würden. Oder die vielen Fachkräfte in den Sozialverbänden oder der Jugendarbeit. Viele hätten allen Grund dazu: Schlechte Arbeitsbedingungen, hohe körperliche und psychische Belastung, Lohnungleichheit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse verbunden mit Risiken bei der Altersabsicherung. Als Sozialarbeiter der ersten Stunde habe ich nach der Wende die Hilfestrukturen in meiner Stadt Chemnitz mit aufgebaut. Ich kenne es, sich von Sparhaushalt zu Sparhaushalt, von Projektfinanzierung zu Projektfinanzierung zu hangeln, ich kenne die Tendenz zur Selbstausbeutung, „weil es ja nicht anders geht.“ Fast schäme ich mich, dies zu schreiben. Denn heute gehöre ich einem Landtag an, dessen Regierungsmehrheit aus CDU und SPD sich gerade selbst die Arbeitsbedingungen und die Altersabsicherung völlig unverhältnismäßig und überzogen nach oben angepasst hat. Nein, ich schäme mich nicht. Ich bin wütend. Und deswegen kämpfe ich jetzt erst recht dafür, dass Wert und Mehrwert von Tätigkeiten im Sozial- und Pflegebereich nicht länger nur mit Lippenbekenntnissen anerkannt werden.



Kein Mut. Kaum Weitsicht. Wenig Miteinander. Die Einschätzung des Koalitionsvertrages aus SozialGRÜNER Sicht

Der Koalitionsvertrag verspricht im Bereich Soziales und Gesundheit viele Verbesserungen, aber zu wenig konkrete Maßnahmen und noch weniger neue Ansätze.

[Redebeitrag Volkmar Zschocke: 50 Prüfaufträge auf 100 Seiten Koalitionsvertrag nennen wir jetzt Dynamik?](#)

[Pressemitteilung: 100 Tage Koalition - GRÜNE: Sympathisch allein reicht nicht](#)

Die SPD hatte im Wahlprogramm eine Erhöhung der Jugendpauschale auf 15 € angekündigt. Erreicht hat sie nur die Festsetzung auf 12,40 Euro pro jungen Menschen. Damit wurde lediglich die gravierende Kürzung von 2010 zurückgenommen, mehr nicht. Der Vorschlag des Sächsischen Landkreistages über ein pauschaliertes Kinder- und Jugendbudget nachzudenken, wurde abgelehnt, da sich die Jugendpauschale laut Koalitionsvertrag „bewährt hat“. Das sehe ich anders. Ich werde in den nächsten Jahren alternative Ansätze zur **Jugendhilfefinanzierung** erarbeiten, die den Herausforderungen des demographischen Wandels entsprechen.

Die **Kinder- und Jugendbeteiligung** soll unter der CDU/SPD-Regierung endlich gefördert werden. Wir GRÜNE kämpfen seit Jahren darum, dass Kinder und Jugendliche verpflichtend bei den sie betreffenden Entscheidungen in der Kommune einbezogen werden. Eine Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung, wie unsere Fraktion sie bereits letztes Jahr in einem Antrag gefordert hat, soll eingerichtet und mit finanziellen Mitteln ab 2016 entsprechend ausgestattet werden.

Der Koalitionsvertrag enthält eine Reihe von Vorhaben, mit denen die Hilfen und Beratungsangebote für **Familien** verbessert werden sollen. Doch mit dem Landeserziehungsgeld wird eine „teure Doppelförderung“ aufrecht erhalten. Eltern, die ihre Kinder nicht in die Kita geben möchten, können seit 2012 das Bundesbetreuungsgeld in Anspruch nehmen. Ich denke, die 13 Millionen pro Jahr werden in den Kitas in Sachsen dringender gebraucht, um den Betreuungsschlüssel weiter verbessern zu können.

Im Bereich **Pflege** gibt es keinen strukturellen Durchbruch. Das von der SPD geforderte Landespflegegesetz wird im Koalitionsvertrag nicht erwähnt. Stattdessen soll eine Gesamtstrategie „Gute Pflege in Sachsen“ bis Ende 2015 erarbeitet werden und eine „Landesinitiative Demenz“. Mit Hilfe der Initiative „Pro Pflege Sachsen“ soll eine tarifgerechte Bezahlung vorangebracht werden. Inwiefern mit diesen vielen Einzelmaßnahmen ein landespolitisches Konzept erreicht wird, das die vielfältigen Probleme in der Pflege anpackt, bleibt fraglich. Vielmehr besteht die Gefahr, dass weiterhin nur Absichtserklärungen ohne konkrete Verbesserungen formuliert werden.

Sachsen steht vor großen Herausforderungen, was den Umgang mit Crystal anbelangt. Die von der Koalition angestrebte Vernetzung der Suchthilfe mit Schule, Polizei, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialämtern, Sozialarbeitern und anderen Akteurinnen und Akteuren in den Sozialräumen ist dringend nötig. Sachsen muss die Vernetzung der Hilfesysteme aktiv fördern. Es reicht nicht aus, bürokratischer Hürden auf Bundesebene zu beseitigen, um den Datenaustausch zwischen den Ämtern zu erleichtern, wie im Koalitionsvertrag angekündigt. Die personelle Grundausstattung der **Suchtberatungs-** und **-behandlungsstellen** soll verbessert werden, ohne jedoch einen Fachkraftschlüssel anzustreben. Wir fordern seit langem einen Mindest-Fachkraftschlüssel von 1:20.000.

Für **Menschen mit Behinderungen** wecken die im Koalitionsvertrag beschriebenen Vorhaben viele Hoffnungen. Ob diese tatsächlich begründet sind, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Unsere Gradmesser sind Selbstbestimmung, Teilhabegerechtigkeit in allen Lebensbereichen und die Herstellung umfassender Barrierefreiheit. Ob wir diesbezüglich spürbare Fortschritte erreichen werden, hängt maßgeblich davon ab, wie ernst die Koalitionspartner die Erarbeitung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention meinen.



Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2015/16

In der letzten Aprilwoche wurde der Doppelhaushalt 2015/16 beschlossen. Wir haben als GRÜNE-Fraktion rund 150 Änderungsanträge zum Haushaltsplan mit einem Gesamtvolumen von über einer Milliarde Euro vorgelegt, die allesamt solide gegenfinanziert sind.

[GRÜNES Eckpunktepapier zum
Doppelhaushalt 2015/2016](#)

**Viele Nachbesserungen statt neue sozial- und
gesundheitspolitische Akzente**

Nach Jahren der Kürzungen im Sozialbereich unter FDP und CDU gibt es viele Nachbesserungen, zum Beispiel Aufstockungen bei der Kinder- und Jugendhilfe, der Familienbildung, den Freiwilligendiensten, der Bürgerberatung und Bürgerhilfe, um nur einige zu nennen. Der Wegfall von ESF-Mitteln konnte teilweise kompensiert werden. Doch neue sozial- und gesundheitspolitische Akzente kann ich im Doppelhaushalt nicht erkennen.

Es wird an Altbewährtem festgehalten, obwohl der demografische Wandel ein strukturelles Umdenken erfordert. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Jugendpauschale. Die Anhebung auf 12,40 Euro pro jungem Mensch nimmt die radikale Kürzung von 2010 nur teilweise zurück (vorher waren es 14,30 Euro). Ich denke, für den ländlichen Raum müssen neue Finanzierungsmodelle in der Jugendhilfe entwickelt werden, denn die Anzahl an Kindern und Jugendlichen in den Landkreisen wird weiter zurückgehen.

Die vielen Baustellen im Bereich Pflege, wie die Verbesserung der Beratungsstrukturen oder die Unterstützung pflegender Angehöriger, werden mit diesem Haushalt nicht angegangen. Kleckerbeträge, wie beispielsweise 400.000 Euro für Pflegekoordinatoren in den Landkreisen und kreisfreien Städten, die zudem von den Kommunen hälftig mitfinanziert werden müssen, werden den großen Herausforderungen nicht gerecht.

**Alle GRÜNEN Änderungsanträge im Sozial- und
Gesundheitsbereich abgelehnt**

Im Ausschuss für Soziales, Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration wurden über 100 Änderungsanträge beraten. Die Koalition hält auch unter SPD-Beteiligung an der Unsitte fest, Änderungsanträge der Opposition reflexartig abzulehnen. Innovative Ideen haben keine Chance. Folgende Änderungen halte ich für notwendig:

[Pressemitteilung:
Landeserziehungsgeld - Koalition
entzieht Kitas 13 Millionen Euro
im Jahr](#)

**Landeserziehungsgeld für die Verbesserung des
Betreuungsschlüssels in KITAS einsetzen**

Ich möchte die 13 Millionen Euro jährlich, die im Doppelhaushalt 2015/16 für das Landeserziehungsgeld eingestellt sind, in Kitas investieren. Dafür gibt es mehrere gute Gründe. Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas ist dringend notwendig und muss finanziert werden. Zudem wird das Ziel des sächsischen Landeserziehungsgeldes, Eltern die Betreuung ihrer Kinder zu Hause zu ermöglichen, verfehlt. Denn diese Landesgeldleistung verharrt seit 1993 auf niedrigem Niveau. Selbst die CDU hat in der Haushaltsdebatte eingestanden, dass die Beträge zu gering seien, um Eltern eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Kita oder Betreuung zu Hause zu bieten. Zudem können Eltern, die ihre Kinder nicht in die Kita geben möchten, seit 2012 das Bundesbetreuungsgeld in Anspruch nehmen. Außer Bayern haben sich alle anderen Bundesländer vom Landeserziehungsgeld verabschiedet. Ich meine,

[Änderungsantrag: Sachsen
barrierefrei 2025](#)

dass wir auch in Sachsen diese Mittel besser einsetzen können.

Ein neues Investitionsprogramm: Sachsen barrierefrei 2025

Mit dem langfristig angelegten Vorhaben soll im Freistaat Sachsen eine umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, vorrangig in staatlichen Gebäuden, Einrichtungen und Institutionen erreicht werden. Damit ist nicht nur der barrierefreie Zugang zu Gebäuden gemeint, sondern zum Beispiel auch die barrierefreie Kommunikation und Information. Barrierefreiheit ist dann erreicht, wenn bauliche, sprachliche, akustische, sensorische und anderen Hindernissen abgebaut sind. Die GRÜNE-Fraktion hat dafür im Jahr 2016 über eine Millionen Euro vorgesehen. Mit diesem Geld soll das Sonderinvestitionsprogramm erarbeitet werden, das 2017/2018 in die Umsetzungsphase geht. Das Programm soll bis zum Jahr 2025 laufen. Trotz der Ablehnung unseres Änderungsantrages, werde ich mich weiterhin für die Idee eines solchen Investitionsprogramms im Landtag einsetzen.

[Pressemitteilung FÖJ mit
folgeschwerer
Finanzierungslücke beschlossen -
GRÜNER Änderungsantrag
abgelehnt](#)

Das Freiwillige ökologische Jahr finanziell absichern

Die Koalition hat entschieden 300.000 Euro weniger als notwendig für das Freiwillige ökologische Jahr einzustellen. Durch diese Entscheidung sind viele der 330 FÖJ-Stellen gefährdet. Einige Einsatzstellen haben bereits angekündigt, dass ihre Projekte damit vor dem Aus stehen. Wir GRÜNEN haben in den Verhandlungen immer wieder darauf hingewiesen, welchen wertvollen Beitrag das FÖJ in Sachsen leistet, indem es das gemeinnützige Engagement für Natur- und Umweltschutz von jungen Menschen fördert. FÖJ'lerInnen engagieren sich zum Beispiel für den Schutz vom Aussterben bedrohter Pflanzen- und Tierarten, von Biotopen und Ökosystemen. Andere arbeiten an anerkannten Biohöfen oder Betrieben, die in der Umstellung zum Biohof sind. Der Freistaat Sachsen darf sich bei der Finanzierung des FÖJ nicht aus der Verantwortung ziehen. Im Angesicht des Klimawandels muss alles dafür getan werden, dass junge Menschen sich für Umwelt- und Naturschutz stark machen.

[Schulgeldfreiheit für
Altenpflegeausbildung –
Vorgehen von CDU und SPD
dilettantisch und
verfassungsrechtlich bedenklich](#)

CDU und SPD wollen die Altenpflegeausbildung aus dem Topf der Freien Schulen finanzieren

Einige Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag haben bereits während der Haushaltsverhandlungen Ihren Zauber verloren. Die Koalition will ihr Vorhaben, das Schulgeld für die Altenhilfeausbildung zu erlassen, aus dem Topf der Freien Schulen finanzieren. Das ist ein Unding. Der Freistaat schafft es in mehreren Berufsfeldern - auch bei den Pflegefachkräften - nicht, auf die wachsende Nachfrage mit entsprechenden Ausbildungsplätzen zu reagieren. Die Nachwuchssorgen sind also hausgemacht. Die GRÜNE-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Folgen dieser verfehlten Politik nicht auf dem Rücken der freien Träger ausgetragen werden.



[Antrag: "UN-Behindertenrechtskonvention im Freistaat Sachsen voran bringen" \(Drs. 6/1191\)](#)

[Pressemitteilung: 6 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention - In Sachsen kein Paradigmenwechsel in Sicht](#)

Antrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Die Staatsregierung ist endlich bereit, den längst überfälligen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erarbeiten. Sachsen ist mittlerweile das einzige Land im gesamten Bundesgebiet, in dem es keinen Aktionsplan gibt. Der Freistaat könnte diese nachteilige Situation für sich nutzen, indem er die Erfahrungen der anderen Bundesländer bei der Erstellung des Aktionsplanes berücksichtigt.

Aus diesem Grund hat die GRÜNE Fraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Staatsregierung auffordert bei der Erarbeitung des Aktionsplanes die Monitoring-Stelle einzubeziehen. Diese verfügt über breites Erfahrungs- und Überblickswissen, auf das die Staatsregierung bei der Erstellung eines Sächsischen Aktionsplanes nicht verzichten sollte. Sie hat u. a. den Hessischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK evaluiert. Für die Anpassung der landesrechtlichen Regelungen an die UN-BRK schlägt unsere Fraktion vor, eine Expertise in Auftrag zu geben, die den konkreten gesetzgeberischen Handlungsbedarf aufzeigen soll. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU und SPD zwar darauf geeinigt, ab 2015 Gesetze, Richtlinien und Verordnungen in der fachlichen Verantwortung der Ressorts daraufhin untersucht werden sollen, ob Belange von Menschen mit Behinderungen betroffen sind. Auf dieser Grundlage sollen dann notwendige Anpassungen vorgenommen werden. Ich befürchte jedoch, dass bei diesem Verfahren das Landesrecht nicht systematisch daraufhin geprüft wird, ob es der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht. Doch diese Normenprüfung ist dringend notwendig, weil Benachteiligungen von Menschen mit Behinderung häufig im sächsischen Landesrecht ihre Ursache haben. Das zeigt sich zum Beispiel beim Schulgesetz, der Landesbauordnung, dem Sächsischen Wahlgesetz oder dem PsychKG.



Foto: pixabay.com

[Redebeitrag Volkmar Zschocke: Verpflichtenden Beratung und mehr Informationen zum Thema Impfschutz sind ein guter Weg](#)

[Pressemitteilung: Masern-Impfpflicht? - GRÜNE fordern Versachlichung der Debatte und Aufklärung statt Zwang](#)

Diskussion zur Masern-Impfpflicht: Wir fordern eine Versachlichung der Debatte und Aufklärung statt Zwang

Die hohe Zahl der Masernerkrankungen in den letzten Monaten hat zu einer öffentlichen Debatte über eine Impfpflicht in Deutschland geführt. In einigen Städten in Sachsen mussten Schulen vorübergehend geschlossen werden. In manchen Kitas wurden Eltern aufgefordert, den Impfausweis ihrer Kinder vorzulegen. Es besteht kein Zweifel daran, dass Masern eine ernstzunehmende Krankheit ist, die zum Tod führen kann. Wer sich nicht impft gefährdet unter Umständen Mitmenschen, die keine Schutzimpfung bekommen können, weil sie beispielsweise unter einer Immunschwäche leiden.

Doch der Erfolg einer solchen Impfpflicht ist eben fragwürdig. Auch Sozialministerin Barbara Klepsch befeuerte diese Debatte im Zuge der vielen Masern-Erkrankungen, indem Sie die Prüfung einer Impfpflicht forderte, „wenn alle Aufklärung nichts helfe“.

Vernachlässigt werden dabei wichtige Fakten zum Impfverhalten in Deutschland. „Impf-Gegner“ sind laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung von 2013 nur etwa 1 % der Befragten. Viel häufiger sind Impfskeptiker, die grundsätzlich nicht alle Impfungen ablehnen, sondern Vorbehalte gegen einzelne Impfungen anführen. Zielgruppenspezifische Aufklärung ist da viel wirksamere als ein genereller Zwang zur Impfung. Ich kann mir vorstellen, eine verpflichtende Impfberatung vor dem Kita- und Schulbesuch einzuführen. Die Debatte der letzten Monate verstellt den Blick darauf, dass die Bereitschaft der Eltern, ihr Kind gegen Masern impfen zu lassen, seit Jahren ansteigt. Diese positive Entwicklung sollten wir weiter fördern. Dafür werde ich mich weiterhin im Sächsischen Landtag stark machen.

[Die Wunden sitzen tief - DDR-Heimkinder und Zwangsadoption in Sachsen](#)



[Rückblick: Fachgespräch „Hilfen für sächsische DDR-Heimkinder und Zwangsadoptierte in der DDR“ am 16. Januar 2015 in Leipzig](#)

[Pressemitteilung: DDR-Heimkinder: 4.508 Betroffene warten auf Beratung - Wartezeiten ungewiss](#)

Hilfen für sächsische DDR-Heimkinder und Zwangsadoptierte in der DDR verbessern

25 Jahre nach der Wende sind viele individuelle Wirkungen der DDR-Diktatur noch nicht ausreichend aufgearbeitet. Es reicht nicht, auf Festveranstaltungen die Freiheit zu feiern, wenn die Anliegen derer, deren Freiheit und Lebenschancen durch die DDR-Jugendhilfe beschränkt wurden, auf die lange Bank geschoben werden.

Zur Entschädigung des zu Unrecht erlittenen Leids wurde 2012 der Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 – 1990“ eingerichtet. Bis zum 30. September 2014 konnten Betroffene Beratungsbedarf für Ausgleichszahlungen aus diesem Fonds anmelden. Bei der für Sachsen zuständigen Anlauf- und Beratungsstelle in Leipzig haben sich insgesamt 5.780 Betroffene bis zum Stichtag gemeldet. Sachsen hat eine besondere landespolitische Verantwortung, denn hier gab es zu DDR-Zeiten besonders viele Spezialkinderheime und teils auch geschlossene Jugendwerkhöfe. Dementsprechend haben wir im Vergleich der ostdeutschen Länder die höchste Anzahl an Antragstellerinnen und Antragstellern.

Ich habe die Beratungsstelle in Leipzig besucht und mich bei den MitarbeiterInnen über die derzeitige Beratungssituation und die Wartezeiten informiert. Das Sozialministerium hat auf unsere Nachfrage hin mitgeteilt, dass nach Ablauf der Antragsfrist im letzten Jahr 4.508 Betroffene auf Beratung warteten. Wartezeiten ungewiss. Dass Termine für ein Beratungsgespräch überhaupt nicht absehbar sind, kann nicht tatenlos hingenommen werden.

Unsere Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Hilfen für sächsische DDR-Heimkinder und Zwangsadoptierte in der DDR ausgebaut werden. Ich habe deshalb im Januar zu einem Fachgespräch nach Leipzig eingeladen, um mit Vereinen, Selbsthilfegruppen, MitarbeiterInnen von Beratungsstellen und Betroffenen aus Sachsen ins Gespräch zu kommen. Knapp zwanzig TeilnehmerInnen haben über Hilfen für DDR-Heimkinder und Zwangsadoptierte diskutiert und wie diese verbessert werden können. Ich werde mich im Landtag darum bemühen, dass bürokratische Hürden bei der Aufarbeitung der

[Kleine Anfrage: Entschädigung für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Jahren 1949 bis 1990 \(Drs. 6/1385\)](#)

eigenen Lebensgeschichte abgebaut sowie die Beratungsstrukturen und die berufliche Rehabilitation verbessert werden.

Außerdem werde ich mich dafür stark machen, dass auch Kinder aus Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien eine Hilfeleistung, erhalten. Sie Diese wurden bei der Einrichtung des Heimkinderfonds schlichtweg vergessen. Diese Ungleichbehandlung der Opfergruppen muss schnell beendet werden.



[Rückblick: Klimakongress 2014](#)

[Präsentation Dagmar Embshoff: Mehr Selbstbestimmung durch solidarisches Wirtschaften](#)

[Präsentation Gemüsekooperative "Rote Beete": Gemeinsam anbauen statt einfach nur kaufen](#)

Klimakongress 2014: Forum „Solidarische Ökonomie: Kooperation statt Konkurrenz!“

Unter dem Motto "Können wir die Erderwärmung noch begrenzen?" stand der mittlerweile 8. Sächsische Klimakongress der GRÜNEN Landtagsfraktion. 230 TeilnehmerInnen haben die Fachvorträge am Vormittag besucht und im Anschluss in sieben Foren zu ausgewählten Themen des Klimaschutzes diskutiert.

Ich habe das Forum „Solidarische Ökonomie: Kooperation statt Konkurrenz!“ moderiert, in dem es um einen gesellschaftlichen Wandel im Wirtschaften ging, bei dem Sinn statt nur Gewinn im Mittelpunkt steht. Diese in Deutschland spürbar wachsende Bewegung bietet eine Chance, den Teufelskreis aus Ressourcenvernichtung und Klimazerstörung zu durchbrechen. Solidarität motiviert den Menschen stärker als Konkurrenz. Das kann und sollte wirtschaftlich genutzt werden. Die Landespolitik sollte solidarisches Wirtschaften mit Förderprogrammen unterstützen, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen.

Die Gemüse-Kooperative „Rote Beete“ in Leipzig zeigt, dass diese Wirtschaftsweise keine Utopie ist. Mindestens 400 Personen im Umkreis Leipzig werden von den 180 Mitgliedern mit Bio-Gemüse versorgt. Produzent und Konsument verschmelzen.

Hebammen und Familien stärken!

Am 5. Mai war der Internationale Hebammentag. Er stand unter dem Motto: „Hebammen für eine bessere Zukunft“. Auch in Sachsen haben zahlreiche Hebammen und Eltern an Aktionen und Kundgebungen teilgenommen. In Dresden versammelten sich mindestens 300 Personen auf dem Alaunplatz. Auch wir GRÜNE waren da.

Ich teile die Forderung des Sächsischen Hebammenverbandes e.V., dass Hebammen endlich Klarheit über ihre Zukunft brauchen. In den Verhandlungen zwischen dem Deutschen Hebammenverband e. V. (DHV) und dem GKV-Spitzenverband ist noch keine bundesweite Lösung für Hausgeburten erreicht worden. Diese dürfen von den Krankenkassen nicht in erster Linie als finanzielles Risiko betrachtet werden. Frauen müssen ihr Recht zur Mitbestimmung über den Geburtsort behalten. Die Berufsqualifikation der Hebammen darf in Bezug auf Hausgeburten nicht in Frage gestellt werden. Auch die



Beratungsleistungen für werdende Eltern vor der Geburt dürfen nicht gekürzt werden. Familien in Sachsen brauchen schnell konkrete Lösungen. Hebammen sind eine unerlässliche Hilfe und Unterstützung für die Betreuung und Beratung werdender Mütter und Väter.

Die stetig steigenden Kosten für die Haftpflichtversicherung haben in den letzten Jahren viele Hebammen gezwungen, ihren Beruf aufzugeben, auch im Freistaat. Welche Auswirkungen die Haftpflichtproblematik auf die Versorgung mit Hebammenhilfe in Sachsen hat, ist der Staatsregierung unbekannt, wie eine Kleine Anfrage unserer Fraktion gezeigt hat. Deshalb forderten wir GRÜNE bereits 2012 eine systematische Erhebung der Situation von Hebammen in Sachsen. Nur mit Hilfe einer landesweiten Statistik können wir auf Fehlentwicklungen und mögliche Unterversorgung reagieren. Das betrifft sowohl die Angebote der Hebammenhilfe als auch die Nachfrage von Schwangeren nach Hebammenleistungen. Versorgungslücken in Sachsen müssen erkannt werden, damit sich jede Frau frei entscheiden kann, ob sie ihr Kind im Krankenhaus, im Geburtshaus oder zu Hause gebären möchte.



GRÜNE Fraktion startet mit Innovationstour in den Sommer

Vor Beginn der Sommerferien, Mitte Juni, werde ich als Fraktionsvorsitzender zwei Wochen durch Sachsen reisen. Auf der Innovationstour werde ich Projekte aus ganz unterschiedlichen Bereichen besuchen, auch im medizinischen und sozialen Bereich. Ich möchte mich vor Ort informieren und zukunftsweisende Ideen ein Stück bekannter machen, denn oftmals bleiben Innovationen jenseits wissenschaftlicher oder wirtschaftlicher Interessen lange im Verborgenen, weil ihnen der Zugang zur Öffentlichkeit fehlt.

Einladung: Fachgespräch zum ansteigenden Crystalkonsum in Chemnitz

Ich lade Sie und Euch schon jetzt zum nächsten Fachgespräch ein. Es wird am Montag, dem 22. Juni 2015 von 17.00 bis 19.30 Uhr im Gründerzentrum am Brühl (Georgstraße 14), in meinem Wahlkreis in Chemnitz stattfinden.

Ich werde die Herausforderungen des steigenden Crystal-Konsums in der Region mit Fachleuten diskutieren, die mit der Problematik in der Suchthilfe und der Familienhilfe konfrontiert sind. Nähere Infos dazu in Kürze auch [hier](#).

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Volkmar Zschocke
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0351 / 493 48 50
Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: [volkmar.zschocke\(at\)slt.sachsen.de](mailto:volkmar.zschocke(at)slt.sachsen.de)
www.volkmar-zschocke.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Jugend, Familie, SeniorInnen, Soziales und Gesundheit
Telefon: 0351 / 493 48 26
[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)

Anne Kobes
Parlamentarische Beraterin für Menschen mit Behinderung
Telefon: 0351 / 493 48 27
E-Mail: [anne.kobes\(at\)slt.sachsen.de](mailto:anne.kobes(at)slt.sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes

Abonnement und Abbestellung des Newsletter unter:
[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)